

# LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
162 · Ausgabe BL·BS · Mai 2016

SP

Renten verteidigen – AHV stärken  
Difendere le pensioni – Rafforzare l'AVS  
AHV plus Défendre nos rentes – Renforcer l'AVS

## Parteitag: Die Zukunft der Sozialversicherungen

Wenn es um die Zukunft der Sozialversicherungen geht, werden von rechts immer wieder Angstscenarien heraufbeschworen. Von einer «Überalterung» der Bevölkerung ist die Rede, von einer Finanzierungslücke, von zu hohen Sozialabgaben usw. Die funktionierende AHV mit ihrem effizienten Umlageverfahren wird schlecht geredet, über die Systemprobleme bei den Pensionskassen wird hinweggesehen – ganz zu schweigen von der Steuersparhilfe durch die 3. Säule.

Bisher konnte sich die Linke recht gut gegen den Rentenabbau wehren. Denn die Angriffe auf das solidarische Sozialsystem sind oft allzu durchsichtig. Trotzdem müssen auch wir uns immer wieder mit der Sicherung der Altersvorsorge auseinandersetzen und die Diskussion über neue Modelle und Möglichkeiten führen.

So belebt auch die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen, über die wir am 5. Juni abstimmen, die Debatte über die Ausgestaltung unseres Sozialstaates. Die Meinungen dazu gehen auch inner-

halb der Linken auseinander. Die SP Schweiz und die SP Basel-Stadt haben die Nein-Parole beschlossen, die SP Baselland nach einem Patt die Stimmfreigabe. Eines ist klar: Die Diskussionen über die Zukunft der sozialen Sicherheit müssen nach dem 5. Juni weitergehen. Deshalb führen die SP Basel-Stadt und Baselland einen gemeinsamen Themen-Parteitag durch.

Die soziale Sicherheit ist das Kerngeschäft der SP. In keinem anderen Bereich vertrauen die Menschen so stark auf unsere Kompetenz wie hier. Doch darauf können wir nicht ausruhen. Das tun wir auch nicht. Deshalb möchten wir alle Mitglieder der SP Basel-Stadt und Baselland einladen, am Parteitag vom 11. Juni im Rialto zur Zukunft der Sozialversicherungen teilzunehmen. Wir werden dort das Konzept «Altersvorsorge 2020» des Bundesrates diskutieren. Daneben werden wir uns aber auch mit einer Weiterentwicklung der Idee eines Grundeinkommens und einer allgemeinen Erwerbsversicherung auseinandersetzen und die Altersvorsor-

ge aus der Sicht der Care-Ökonomie betrachten.

Wir freuen uns auf eine starke Teilnahme und auf spannende Diskussionen.

*Brigitte Hollinger und Adil Koller*

### PROGRAMM

Samstag, 11. Juni 2016, Rialto Basel

9.30 Begrüssung

9.45 **3 Säulen und viele Herausforderungen**  
Einführung durch Doris Bianchi,  
stv. Sekretariatsleiterin SGB

10.15 **Das Konzept des Bundes: «Altersvorsorge 2020»**  
Jürg Brechbühl, Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen  
Stellungnahmen von Nationalrätin Silvia Schenker und Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer

11.30 **Alternative Ansätze**  
**Das Mosaik-BGE.** Beat Ringger, Sekretär Denknetz  
**Altersvorsorge aus der Sicht einer Care-Ökonomie**  
Therese Wüthrich, Ökonomin, Bern

Anschliessend Mittagessen (fakultativ)

Anmeldung bis Montag, 30. Mai (auch fürs Essen!) an:

SP BS: sekretariat@sp-bs.ch, Postfach, 4005 Basel

SP BL: info@sp-bl.ch, Postfach 86, 4410 Liestal

# Der SP beitreten und mitmachen!

Im letzten Jahr haben wir eine neue Rolle gefunden. Zusammen haben wir das Jahr 2015 erfolgreich gemeistert: Wir haben die Nationalratswahlen gegen die Geldwelle von rechts aussen überstanden, Claude Janiak trotz Gegenkandidatur durch den Wirtschaftskammer-Boss wieder in den Ständerat gebracht, die Gemeindewahlen gewonnen und den ELBA-Luxus-Ausbau in einem überwältigenden Erdrutsch-Sieg gebodigt.

Nach einem Jahr im Co-Präsidium haben mich die Delegierten am Samstag zum Präsidenten der Baselbieter SP gewählt. Das ehrt mich sehr. Ich bin der Parteibasis für ihr grosses Vertrauen und Regula Meschberger für ihren riesigen Einsatz als Co-Präsidentin während dieses Jahres sehr dankbar und freue mich auf die Arbeit mit dem neuen Vizepräsidium und der neuen



Das neue Präsidium der SP Baselland: Präsident Adil Koller, flankiert von seinen beiden Vizes Caroline Rietschi und Florian Schreier

Geschäftsleitung. Einen besonderen Dank möchte ich auch Regula Nebiker, Christoph Hänggi und Simone Abt aussprechen. Sie haben während vielen Jahren in der Geschäftsleitung mitgearbeitet und konzentrieren sich nun wieder auf ihre Mandate im Liestaler Stadtrat, respektive im Landrat. Vielen Dank für die

wertvolle Arbeit! Nun geht es weiter. Im Baselbiet gibt es genug zu tun: Die Regierung und das Parlament wollen ihre ruinöse Abbaupolitik durchzwängen. Im Parlament haben sie die Mehrheit, deswegen werden wir wohl Initiativen lancieren müssen, um die Rechtskonservativen zu stoppen. So wahrscheinlich auch

beim öffentlichen Verkehr. FDP-Baudirektorin Pegoraro plant weitere Fahrplanausdünnungen und Linienkürzungen. So nicht! Aber die BaselbieterInnen müssen sich im Klaren sein: Es reicht nicht mehr, sich einfach zu nerven über diese Abbaupolitik beim ÖV, bei der Bildung, bei der Kultur und beim Personal. Es reicht nicht mehr, einfach nur eine Initiative zu unterschreiben. Die Menschen müssen der SP beitreten.

Es hört nur auf mit dem Abbau, wenn die Menschen der SP beitreten und mitmachen! Motiviert daher eure Kolleginnen und Kollegen und eure Familie dazu! Auch ihr Engagement macht einen Unterschied! Zusammen zeigen wir konkrete Zukunftsalternativen auf. Für alle statt für wenige.

Adil Koller

<http://mitglied-werden.sp-ps.ch>

## Bildungspolitik am Scheideweg

Am 5. Juni kommen zwei für die zukünftige Bildungspolitik im Kanton Baselland wegweisende Vorlagen zur Abstimmung. Beide Vorlagen verlangen eine Änderung des Bildungsgesetzes. Die Kompetenzen des Bildungsrates, nämlich die Verabschiedung der Lehrpläne und Stundentafeln, werden ein weiteres Mal (nachdem das Volk 2011 diese deutlich bestätigt hatte) in Frage gestellt.

Im Zentrum stehen der Lehrplan 21, seine Einführung und die damit verbundenen Stundentafeln. Dass eine Harmonisierung des Bildungswesens – in ihren Grundzügen absolut sinnvoll, unbestritten und von der Bevölkerung unterstützt – für alle beteiligten Kantone grössere Änderungen mit sich bringt, liegt bei unserem föderalistischen System in der Natur der Sache.

Die durch die Schulharmonisierung bedingten Veränderungen nutzen die Initianten, um erneut eine Kompetenzverschiebung vom Bildungsrat zum Parlament zu fordern. Scheinbar mutet sich der Landrat mehr Sachkompetenz zu als dem von ihm selbst gewählten Fachgremium.

Weshalb sind diese Vorlagen richtungsweisend für die zukünftige Bildungspolitik? Einerseits würde eine Annahme der Vorlagen zu einer Politisierung der Bildung führen. Diskussionen über Lehrpläne und Stundentafeln überfordern das Milizparlament und gehören nicht dorthin. Die Weiterentwicklung unserer Schule wäre gehemmt und die Planungssicherheit könnte nicht gewährleistet werden.

Andererseits hätte eine Annahme der Gesetzesänderungen eine



Roman Brunner  
Mitglied der landrätlichen Bildungs-, Kultur- und Sportkommission  
Birsfelden

fatale Signalwirkung für die restlichen Kantone der Deutschschweiz. Die Schulharmonisierung würde grundsätzlich in Frage gestellt und drohte zu scheitern. Die Verlässlichkeit des Kantons Baselland als Verhandlungspartner im Bildungsraum Nordwestschweiz würde ein weiteres Mal untergraben.

Die explizite Verankerung des Lehrplans 21 und von Einzelfächern im Bildungsgesetz wirkt zudem Fragen auf. Sie hat in einem Gesetzeswerk nichts verloren. Wehren wir uns also gegen die beiden Vorlagen «Einführung Lehrplan 21» und «Verzicht auf kostentreibende Sammel-fächer», damit wir auch in Zukunft ein zeitgemässes und anpassungsfähiges Bildungswesen in einer harmonisierten Bildungslandschaft in der Schweiz haben!

### AGENDA SP BL

- Do, 12. und 26. Mai, 19 Uhr, «Kaputtalismus» und «Die Idee des Sozialismus», Lese- und Diskussionszirkel, Sekretariat, Rheinstrasse 17, Liestal
- Do, 19. Mai, 19 Uhr, Kassiertreffen, Restaurant Kaserne, Liestal

- So, 5. Juni, Abstimmungssonntag
- Sa, 11. Juni, 9.30 Uhr, Parteitag SP Basel-Stadt und SP Baselland zur Zukunft der Sozialversicherungen, Restaurant Rialto, Birsigstrasse 45
- Do, 30. Juni, ab Mittag, Fraktionsausflug der SP Baselland  
Einladung folgt

# Ein Leuchtturmprojekt für Basel

## Idealer Standort

Das AUE hat heute seine Büros an der Hochbergerstrasse am Rheinhafen, fernab der Kundschaft. Eine Innenstadtlage verkürzt auch die Wege zu den anderen Ämtern für Besprechungen und spart so Zeit und Kosten. Der neue Standort an der Spiegelgasse ist zentral und trotzdem nicht an einer Lage, die für Geschäfte attraktiv wäre.



Jörg Vitelli, Grossrat

## Neue Holzbautechnik

Der Holzbau hat in den letzten Jahren wieder einen Aufschwung erlebt, aber vorwiegend im Einfamilienhausbau. Wer die alten Walliser Holzbauten anschaut, der staunt, dass früher höhere Bauten möglich waren. Die neuen Brandschutzvorschriften erlauben nun achtgeschossige Holzbauten. Was liegt näher, als mit dem neuen Kompetenzzentrum aufzuzeigen, dass diese ökologische Bauweise wieder möglich ist?

## Minimaler Energieverbrauch

Vergleicht man den Neubau, der nach Minergie-A Eco gebaut wird mit dem bisherigen AUE-Bau, dann staunt man über die Energieeffizienz.

Der Wärmeverbrauch sinkt auf einen Zehntel. Zudem wird eine Photovoltaikfassade integriert, welche den Strombedarf des Gebäudes mehr als nur deckt. Die Integration von Photovoltaik in die Gebäudefassade eröffnet für viele Gebäude mit geringer Dachflächennutzung erst die Möglichkeit zur eigenen Stromerzeugung.

## Pionierbauten haben ihren Preis

Wegweisende Projekte, wie der AUE-Bau, sind naturgemäss etwas teurer als konventionelle Bürobaute aus Beton, mit einer Aussenisolation, die später einmal teuer entsorgt werden muss, und Baustoffen, die nicht nachhaltig sind. Von den Gegnern werden die Baukosten von 15,96 Millionen Franken als nicht akzeptabel und unwirtschaftlich kritisiert. Pionierbauten haben immer einen höheren Preis als eine 08/15-Bauweise. Sie sind dafür ein Leuchtturm für weitere Projekte.

## Kein Verkauf im Rheinhafen

Der alte Standort beim Rheinhafen bleibt im Besitz des Staates. Noch bevor die Neue Bodeninitiative an-

genommen wurde, kam auf Antrag der SP in der Kommission und im Grosse Rat der Beschluss durch, dass die Liegenschaft Hochbergerstrasse 158 nicht veräussert werden darf (Abgabe im Baurecht möglich) und bei einer Umnutzung primär Wohnungen vorzusehen sind.

*Deswegen ein überzeugtes Ja am 5. Juni für einen überzeugenden Neubau!*

**Das Amt für Umwelt und Energie soll in der Innenstadt einen ihm würdigen Platz erhalten.**



# BVB als Königreich? – nein danke!

Die BVB stehen zu 100 Prozent im Besitz des Kantons. Die Wahl von je drei BVB-Verwaltungsräten durch Parlament und Regierungsrat war ein «historischer Kompromiss». Die vom Parlament gewählte Vertretung sorgt für Transparenz und verbessert die Zusammenarbeit. Denn der Grosse Rat ist zuständig für Leistungsabgeltung, Bauten und Finanzierung von Beschaffungen.

Das revidierte BVB-Organisationsgesetz will dem Parlament das Verwaltungsrats-Wahlrecht entziehen. Dagegen haben SP, Basta und Gewerkschaften das Referendum ergriffen.

## Die richtigen Lehren ziehen aus Skandalen und Pannen

Nach der Verselbständigung wollten die BVB in die «Champions-League» der öffentlichen Verkehrsbetriebe aufsteigen. Die vollmundige Ankündigung endete 2013 in Skandalen und Pannen.

Grossräte aus verschiedenen Parteien stellten im Verwaltungsrat die richtigen Fragen und setzten Kontrollen in Gang. Fehler wurden korrigiert. Verwaltungsratspräsident und CEO mussten gehen.

Das beweist: Das Parlament darf nicht entmündigt werden. Es agiert unabhängig von der Verwaltung.



Ruedi Rechsteiner, Grossrat

## Nein zum Kopfnicker-Gremium

Vom Regierungsrat gewählte Mitglieder im Verwaltungsrat sind allein der Regierung verpflichtet. Die strategische Leitung darf aber nicht zum Kopfnicker-Gremium werden. Der Service public ist wichtig: Es geht um Pünktlichkeit, Sauberkeit, umweltfreundliche Fahrzeuge, kundenfreundliche Frequenzen und anständige Löhne.

*Deshalb empfehle ich: ÖV soll ÖV bleiben. Nein zum Demokratieabbau bei den BVB.*

## AGENDA SP BS

- Do, 26. Mai, 18.30 Uhr, **Geburtstagsgespräche mit und über Helmut Hubacher**, Markthalle Basel, Viaduktstrasse 10
- So, 5. Juni, Abstimmungssonntag

- Sa, 11. Juni, 9.30 Uhr, **Parteitag SP Basel-Stadt und SP Baselland zur Zukunft der Sozialversicherungen**, Restaurant Rialto, Birsigstrasse 45
- Mi, 29. Juni, 20 Uhr, **Delegiertenversammlung SP BS**, Volkshaus Basel, 1. Stock, Rebgrasse 12

# Gelebte Partnerschaft ja oder nein?

Am 5. Juni entscheidet das Volk im Baselbiet vordergründig über die Umsetzung der Pensionskassen-gesetz-Reform bei der Universität Basel. Grundsätzlich geht es aber um die Zusammenarbeit der beiden Trägerkantone der Universität und um das gegenseitige Vertrauen in eine gelebte Partnerschaft. Gegen den Landratsbeschluss für eine Zusatzfinanzierung der Pensionskasse der Universität für das partnerschaftliche Geschäft hat die SVP das Referendum ergriffen, weshalb nun darüber abgestimmt werden muss, ob der Kanton Basel-Landschaft seinen Pflichten als Arbeitgeber des Universitätspersonals nachkommen soll oder nicht.

Die Zusatzfinanzierung ist nötig, da im Rahmen der Reform der Pensionskasse der technische Zinssatz von 4 auf 3% gesenkt wurde. Entsprechend muss das Vorsorgekapital um 33 Mio. Franken erhöht werden, damit der Deckungsgrad nicht zu stark sinkt. Zusätzlich ergeben sich Kosten von 30 Mio. für die Besitz-

standlösung (die dem tieferen Niveau des Kantons Basel-Landschaft entspricht). Die Gesamtkosten werden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmenden hälftig aufgeteilt, wie dies üblich ist. Pro Kanton entstehen somit Kosten von je 15 Millionen, zahlbar in fünf Raten bis 2021.

Es geht aber auch um den 80 Mio-Deal zwischen den beiden Kantonen. Denn die dem Baselbiet im letzten Herbst von Basel-Stadt angebotene Zahlung von je 20 Millionen in den Jahren 2016 bis 2019 ist an Bedingungen geknüpft, die die Partnerschaft bekräftigen sollen: Baselland hat sich an der Reform der Pensionskasse zu beteiligen. Beide Kantone engagieren sich für die Kooperation der Uni mit der ETH. Beide Kantone tragen gemeinsam das Tropeninstitut, neu in Allschwil angesiedelt. Und das Baselbiet verpflichtet sich, den Universitätsvertrag, den Kulturvertrag und die Immobilienvereinbarung für die Uni bis Ende 2019 nicht zu kündigen. Obwohl wir als SP nicht in der Regierung



Christoph Hänggi, Präsident der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission des Landrats

vertreten sind, führt der 80-Millionen-Deal dazu, dass die Baselbieter Regierung ganz in unserem Sinne handelt und die Partnerschaft mit Basel-Stadt fortgeführt wird. Scheitert die Zusatzfinanzierung der Pensionskasse an der Urne, so scheitert auch der 80-Millionen-Deal!

## PAROLEN DER SP BASELLAND

### Kantonale Vorlagen

Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung	NEIN
Einführung Lehrplan 21	NEIN
Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer	NEIN
Gerichtsorganisationsgesetz	NEIN
Umsetzung der Pensionskassen-gesetz-Reform beim Vorsorgewerk	JA
Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere	JA

### Nationale Vorlagen

Pro Service public	NEIN
Für ein bedingungsloses Grundeinkommen	Stimmfreigabe
Für eine faire Verkehrsfinanzierung	NEIN
Revision des Asylgesetzes	JA
Fortpflanzungsmedizin-gesetz	Stimmfreigabe

# Integration & Partizipation

Die SP setzt sich ein für Vielfalt und reicht sechs Vorstösse mit Forderungen zur Integration und Partizipation von AusländerInnen in Basel ein. Nach dem Sieg gegen die Durchsetzungsinitiative müssen sich die Schweiz und auch der Kanton Basel-Stadt auf die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ab 1. Oktober einstellen. Zudem muss damit gerechnet werden, dass die SVP weiterhin gegen AusländerInnen hetzt und sich die Lage für diese weiter verschlechtert. Die SP-Fraktion widersetzt sich dieser Entwicklung und setzt sich für Integration und Partizipation ein. Sie fordert, dass die Beteiligung der MigrantInnen am politischen, kulturellen und sonstigen Alltag in unserer Stadt gefördert wird. Die Einbürgerungen, der Weg zur politischen Partizipation sowie der Austausch in der «Kulturstadt Basel» sollen endlich erleichtert werden und die Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt müssen aufhören.



Edibe Gölgeci, Grossrätin

Der Anteil der AusländerInnen in Basel liegt bei 35,4%. Das bedeutet, dass ein grosser Teil unserer Basler Gesellschaft ohne Schweizer Pass von den negativen Auswirkungen dieser Gesetzesänderung betroffen sein wird, obwohl viele die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen würden. Wir sind der Meinung, dass die vereinfachte Einbürgerung die Integration positiv beeinflusst. Man sollte proaktiv auf die Bevölkerungsschicht zugehen, die noch nicht eingebürgert ist.

Unsere Freunde in Bern haben es vorgemacht mit der neuen Ausländermotion, und das möchten wir auch hier in Basel umsetzen. AusländerInnen, die seit Jahren in Basel wohnen und arbeiten, sollen eine Möglichkeit erhalten, besser an der Gesellschaft zu partizipieren. Die Einführung einer Ausländermotion soll es allen im Kanton Basel-Stadt wohnhaften AusländerInnen ermöglichen, niederschwellig an den Grossen Rat zu gelangen und am

politischen Geschehen teilnehmen zu können. Das Instrument soll aber nur Personen ohne Schweizer Bürgerrecht offen stehen. Daher muss die Person, welche den Vorstoss als Erstunterzeichnende einreicht, eine AusländerIn sein. Die zusätzlichen Unterschriften dürfen aber auch von anderen wohnsitzberechtigten Personen im Kanton stammen.

## PAROLEN DER SP BASEL-STADT

### Kantonale Vorlagen

JA zum Neubau für das Amt für Umwelt und Energie
NEIN zur Änderung des Organisations-gesetzes der BVB
JA zur Totalrevision des Organisations-gesetzes der BKB

### Nationale Vorlagen

NEIN zur Initiative «Pro Service public»
NEIN zur Initiative «für ein bedingungs-loses Grundeinkommen»
NEIN zur Initiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung»
JA zur Änderung des Gesetzes über die Fortpflanzungsmedizin
JA zur Änderung des Asylgesetzes